



Resolution zur Umsetzung der Inklusion im Freistaat Bayern

Die Landesversammlung der SGK Bayern fordert den Freistaat Bayern auf, den Prozess der Inklusion in Bayern auch mit angemessenen finanziellen Mitteln zu fördern und zu unterstützen.

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Politiker Bayerns begrüßen die Inklusion und wollen sie in ihren Kommunen voranbringen. Dabei ist das von der UN geforderte und in Deutschland übernommene Prinzip der Inklusion eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Inklusion erfordert neben einem Mentalitätswandel und dem persönlichen Einsatz jedes Menschen auch erhebliche technische und finanzielle Anstrengungen, um Barrierefreiheit umzusetzen. Nicht von ungefähr entwickeln viele bayerische Kommunen zur Zeit Konzepte zur Umsetzung der Inklusion. Darin enthalten sind auch die Kosten für inklusive Maßnahmen, die in den baulich-technischen, pädagogischen und personellen Bereichen erheblich zu Buche schlagen werden.

Die SGK Bayern fordert daher, dass die Bayer. Staatsregierung die Kosten der Inklusion ermittelt und vor allem die Mittel zur Umsetzung dieses Versprechens bereit stellt. Auch fordert die SGK Bayern, dass der angekündigte Kommunalgipfel zum Thema Inklusion in Kürze stattfindet.

In Bayern gelten 1,1 Mio. Menschen als Menschen mit schwerer Behinderung. Für diese Menschen müssen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land geschaffen werden. Nur so kann soziale Gerechtigkeit geschaffen und Ausgrenzung vorgebeugt werden.

Stand: 27. September 2014